

Begrüßungsansprache von FBP-Parteipräsident
Alexander Batliner zur Stippvisite vom 7. September 2010

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

Sehr geehrte Frau Nationalrätin, Aussenministerin a.d. Frau Dr. Ursula Plassnik

Sehr geehrter Herr Nationalrat Filippo Leutenegger

Geschätzte Vertreter des Landtages und der Regierung

Liebe Freunde der Bürgerpartei, geschätzte Gäste

Im Namen der Fortschrittlichen Bürgerpartei möchte ich Sie herzlich zur ersten Stippvisite begrüßen. Wir starten heute mit diesem neuen Veranstaltungs-Gefäss, welches in Zukunft zum fixen Jahreskalender der FBP gehören wird. Die Stippvisite soll jedes Jahr am Abend des 7. September zur Austragung gelangen. Sie soll einem Thema gewidmet sein, welches in naher oder ferner Zukunft für Liechtenstein grosse Bedeutung erhalten wird und sie soll - wie der Name schon sagt - hochrangige Referenten aus dem Ausland zu einer Stippvisite nach Liechtenstein einladen. Es freut mich besonders, dass es uns gelungen ist, zur Thematik „Integration in Europa – wie weiter?“ zwei über ihre Landesgrenzen hinaus bekannte Persönlichkeiten für heute Abend zu gewinnen. Ich danke sowohl Frau Dr. Plassnik als auch Herrn Leutenegger, dass sie nach Liechtenstein gekommen sind, um heute Abend zu diesem Thema zu uns zu sprechen. Herzlich Willkommen in Vaduz.

„Integration in Europa - wie weiter?“ So unspektakulär das Thema des heutigen Abends auch tönen mag, so sehr wird es bereits in naher Zukunft eines jener Themen sein, welchem wir uns in Liechtenstein stellen müssen. Nicht weil wir wollen, sondern weil wir müssen. Die Entwicklungen in Europa zwingen uns dazu.

In den EWR und EFTA Staaten wird diese Frage momentan intensiv diskutiert. Island hat EU-Beitrittsverhandlungen aufgenommen und in Norwegen wird dem Beitritt zur EU trotz des zweimaligen Neins der Bevölkerung bei verschiedenen Parteien immer noch hohe Priorität eingeräumt. Wenn diese beiden Staaten der EU beitreten sollten, was wird dann aus dem EWR? Was aus der EFTA? Und nicht zuletzt: Was wird dann aus Liechtenstein?

Natürlich dürfen und können wir die Thematik der zukünftigen Integration in Europa nur unter Berücksichtigung unserer Verbindung zur Schweiz und der dortigen Entwicklung führen. Und gerade in der Schweiz wurde die Thematik EU oder EWR Beitritt Ja oder Nein in den letzten Wochen intensiv diskutiert. Eine Publikation des Think Tanks Avenir Suisse, mit welcher gefordert wurde, den Beitritt zum EWR zu überdenken und den EU Beitritt unter Beibehaltung des Schweizer Frankens zu prüfen, löste diese Diskussion aus. Wenige Tage später schlug eine Aussage von EU-Präsident Herman Van Rompuy hohe Wellen. Er sagte, dass der bilaterale Weg keine Zukunft habe. Der Schweizer und Liechtensteiner EU Botschafter Michael Reiterer goss zusätzlich Öl ins Feuer. Er vertrat die Meinung, dass ein EU Beitritt der Schweiz nur mit der Übernahme des Euros möglich sei. Ende August nahm auch der Schweizer Bundesrat dazu Stellung. Er erklärte, dass für ihn die Weiterführung des bilateralen Weges prioritär sei. Aber auch er gab seiner Feststellung Ausdruck, dass dies in Zukunft weit schwieriger als in der Vergangenheit sein würde.

Und auch die EU-Länder untereinander diskutieren momentan über die Zukunft der EU. Verschiedene Anlassfälle zwingen sie dazu. Der Staatsbankrott von Griechenland konnte nur durch die sehr grosszügige Unterstützung der anderen EU-Staaten sowie des Internationalen Währungsfonds IWF verhindert werden. Die Rating-Agenturen sahen sich veranlasst, Länder wie Spanien und Portugal zurückzustufen. Die Defizite der einzelnen Staaten erreichten Grössenordnungen, welche die gemeinsame Währung unter Druck brachten und immer noch bringen. Auch die EU ist sich bewusst, dass sie sich der Frage „Wie weiter?“ stellen muss.

Dem Präsidium der Bürgerpartei ist es von grösster Bedeutung, dass wir uns frühzeitig mit dieser Thematik befassen. Es ist von Wichtigkeit, dass alle Vor- und Nachteile abgewogen werden und über die positiven wie negativen Folgen Klarheit herrscht. Die Entscheidung, in

welche Richtung die weitere Integration in Europa für Liechtenstein gehen soll, lässt sich auch nicht über Nacht fällen, sondern benötigt einen umfassenden, langfristigen Dialog mit der Bevölkerung. Mit der heutigen Stippvisite starten wir diesen Dialog. Und was liegt näher, als diesen Entscheidungsfindungsprozess mit den Erfahrungen unserer Nachbarstaaten zu beginnen? Dies macht umso mehr Sinn, als sich Österreich und die Schweiz für zwei vollumfänglich konträre Wege entschieden haben. Während die Republik Österreich den Weg der Mitgliedschaft in der EU wählte, lehnte das Schweizer Stimmvolk sogar den Beitritt zum EWR ab und entschied sich für den bilateralen Weg. Unsere beiden Referenten werden aus ihrer Sicht die positiven und negativen Auswirkungen ihres eingeschlagenen Weges näher beleuchten und sicherlich auch ihre Ansichten über die Entwicklung der Integration in Europa für ihr jeweiliges Land aber auch für einen Kleinstaat kundtun.

Mit dem heutigen Abend beginnt für die Bürgerpartei die Diskussion um die weitere Integration in Europa. Wir werden in nächster Zeit in unregelmässigen Abständen dieses Thema aus unterschiedlichen Perspektiven immer wieder aufgreifen, beleuchten und vertiefen.

Geschätzte Damen und Herren, zweierlei scheint mir in dieser Frage existenziell: Zum einen dürfen wir die Entwicklungen in der Schweiz nicht ausser Acht lassen, zumal jede Entscheidung in dieser Sache - unabhängig davon ob sie von der Schweiz oder von Liechtenstein getroffen wird - nicht ohne Auswirkungen auf den Zollvertrag umsetzbar ist. Zum anderen tangiert die Frage über eine erweiterte Integration in Europa immer auch die Souveränität unseres Landes und damit verbunden auch die demokratischen Möglichkeiten der Bevölkerung. Eine weiterführende Integration in Europa führt gezwungenermassen dazu, dass wir noch mehr Rechte als heute schon durch den EWR an die EU abzutreten hätten. Hiervon wäre hauptsächlich die Entscheidungskompetenz bei wirtschafts-, fiskal und sozialpolitischen Themen betroffen. Ein Abbau an direktdemokratischen Möglichkeiten würde damit einher gehen. Sehr geehrter Herr Leutenegger ich widerspreche damit auch vehement der Aussage Ihrer Parteikollegin Christa Markwalder, die in einem Weltwoche-Interview sagte: *(Zitat)* „Als EU-Mitglied müsste die Schweiz ihre direkte Demokratie nicht einschränken . . .“. *(Zitat Ende)* Diese Aussage gilt auch für Liechtenstein. Ich mache kein Hehl daraus, dass ich die Richtigkeit dieser Aussage stark bezweifle. Bestärkt in meiner

Meinung fühlte ich mich auch, als die ‚SonntagsZeitung‘ am 15. August ihre Untersuchung der Universität Bern zu dieser Frage publizierte. Daraus wird deutlich, dass ein EU-Beitritt der Schweiz Auswirkungen auf die direkte Demokratie hätte, wenn auch nicht in dieser Grössenordnung wie teilweise vermutet wurde.

Natürlich kann man andererseits einwenden, dass mit einem Beitritt auch das Mitspracherecht in den entsprechenden Gremien gestärkt würde. Da die Vertretungen in den EU-Gremien nach der Bevölkerungszahl der einzelnen Staaten gewichtet wird und mit dem Lissabon-Vertrag das Einstimmigkeitsprinzip abgeschafft wurde stellt sich für mich die Frage: „Welches Mitspracherecht wird einem Kleinstaat wie Liechtenstein mit 35‘000 Einwohnern zugestanden?“ FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen hat in einem Beitrag für 20 Minuten Online die Beteiligungen in den Gremien für die Schweiz aufgelistet. Im 750-köpfigen EU-Parlament würden der Schweiz 16 Sitze zufallen und im EU-Ministerrat bekäme die Schweiz gerade Mal 2.9 Prozent der Sitze. Diese Zahlen für die Schweiz machen deutlich, wie gering die Einflussmöglichkeiten für Liechtenstein ausfielen. Wenn die Beteiligung strikt nach der Bevölkerungszahl definiert wird, würde sie wohl nicht weit von Null entfernt zu liegen kommen.

Bei der Diskussion um eine erweitere Integration in Europa für Liechtenstein dürfen diese Fakten - neben vielen anderen - nicht ausgeblendet werden. Spätestens wenn Island, Norwegen und die Schweiz entschieden haben, wohin für sie die Reise geht, müssen auch wir wissen, was wir wollen und welchen Weg wir mit all seinen Konsequenzen gehen möchten. Deshalb müssen wir jetzt unsere Diskussion beginnen, damit wir bereit sind, wenn der Tag X gekommen ist.

Geschätzte Gäste, wir haben bewusst darauf verzichtet, im Anschluss an die Referate eine Podiumsdiskussion durchzuführen. Vielmehr waren wir der Meinung, dass die Ausführungen unserer Referenten Fragen hervorrufen. Deshalb wollten wir Ihnen allen die Möglichkeit geben, bei einer Fragerunde Ihre Fragen zu stellen. Darüber hinaus möchte ich Sie anschliessend zu einem Apéro einladen. Dabei besteht sicherlich die Möglichkeit, das eine oder andere Pro und Contra Argument in persönlichen Gesprächen zu vertiefen.

Ich möchte mich nochmals herzlich für Ihren Besuch bedanken und wünsche Ihnen einen interessanten und informativen Abend

Herzlichen Dank